

DORMA GO! 1.000.000

Seitenabruf

Quelle: www.dormago.de

Erstellt am 02.03.2008 - 21:17 Uhr

Kommunales Wahlrecht für Ausländer: Mehrheit des Stadtrates wollte keinen Beschluss fassen

2008-02-29 01:10:44/ Redaktion

Dormagen. Das kommunale Wahlrecht für Ausländer, die mindestens fünf Jahre in der Stadt wohnen, forderten am Donnerstag Mitglieder des Dormagener Integrationsrates und der Dormagener Jusos vor der Kulturhalle. Auf die spätere Entscheidung des Stadtrates hatte die Demonstration allerdings wohl keinen Einfluss. Per Antrag zur Geschäftsordnung von Norbert Dahmen (CDU) gingen die Ratsmitglieder zum nächsten Tagesordnung über - ohne Beschlussfassung in der Sache.



Antragsteller Dr. Norbert Sijben sah zuvor das Wahlrecht als "wichtigen Baustein in der Integration" an und verwendete zum Schluss seiner Rede den Ausspruch des amerikanischen Präsidentschaftsbewerbers Obama: "Yes, we can do it." Mehmet Güneysu, der Vorsitzende des Integrationsrates, wünschte sich "Integration als Daueraufgabe". Migranten könnten sich erst Gehör verschaffen, wenn sie "gleichberechtigt am Leben in der Stadt teilhaben dürfen". Man dürfe sich den Interessen von einem Zehntel der Mitbürger nicht verschließen.

Rechtsanwalt Wiljo Wimmer hingegen sprach von "einer Spiegelfechterei ohne lokalen Bezug". Der Fraktionsvorsitzende der CDU argumentierte weitgehend juristisch und erinnerte an eine 17 Jahre alte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Entsprechende Forderungen zum Wahlrecht seien damals zurückgewiesen worden. Wimmer: "Wir wünschen uns, dass möglichst viele Ausländer eingebürgert werden." SPD-Kollege Robert Krumbein hielt nicht viel davon, "sich hinter einem solchen Urteil der Richter zu verstecken". Im Übrigen gebe es keinen Zweifel daran, dass SPD-Stadtverband und Fraktion die Forderung des Integrationsrates unterstützen. Angesichts der "Vereinbarung über eine sachorientierte Zusammenarbeit" zwischen CDU und SPD würden die Sozialdemokraten aber das Versprechen einhalten, "keine Mehrheiten gegeneinander zu bilden sondern alle Sachthemen nur gemeinsam und einheitlich abzustimmen."

Krumbein: "Dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU, an dieser - aus meiner Sicht völlig untauglichen - Stelle so nachhaltig auf die Einhaltung unserer Vereinbarung bestanden haben, hat in meiner Fraktion zu leidenschaftlichen Debatten geführt. Hierdurch gehindert zu sein, der eigenen politischen Grundüberzeugung auch durch eine entsprechende Abstimmung Ausdruck zu geben, lässt mich und meine Fraktionskolleginnen und Kollegen mit einem sehr unguten Gefühl auf die weitere Zusammenarbeit blicken. Zumutungen dieser Art sollten nicht einreißen, wenn wir die Zukunftsaufgaben für unsere Stadt auch weiter in vertrauensvoller Zusammenarbeit gestalten wollen."

Nach der Wahlrechts-Debatte schienen die teilweise scharfen Töne vergessen - alle notwendigen Entscheidungen wurden am gestrigen Abend gemeinsam von CDU und SPD getragen.

© www.dormago.de